

Gemeinsam für Reinheim

Koalitionsvereinbarung 2016 -2021

zwischen

**Der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands/SPD-Fraktion Reinheim**

und

Bündnis 90/Die Grünen/Fraktion Reinheim

I. Neue Horizonte für Reinheim

1. SPD und Bündnis90/Die Grünen wollen gemeinsam einen fairen offenen Politikstil für Reinheim anbieten und für sich gewährleisten. Unser Beitrag zur Bildungspolitik soll es allen Kindern ermöglichen, sich ihren Talenten nach in einem solidarischen Gemeinwesen zu entfalten. In Reinheim wollen wir Haushaltsdefizite nachhaltig vermeiden, ohne Defizite im Bildungs- und Sozialbereich hinzunehmen. Wir stehen zu einer Politik der Nachhaltigkeit.
2. Reinheim ist Lebensort für Menschen teils seit Generationen, wir heißen aber auch alle willkommen, die sich neu hier ansiedeln, Familien gründen, Arbeiten und Lernen, aber auch jene, die aufgrund von Flucht und Vertreibung zu uns kommen. Offenheit und Respekt bestimmt unser Handeln. Wir fördern und fordern das gesellschaftliche Miteinander aller Ethnien, Religionen und sozioökonomischer Schichten in unserer Bürgerschaft für ein partnerschaftliches und friedliches Zusammenleben in unserer Stadt.
3. Jeder undemokratischen und unsozialen Aktion und Äußerung werden wir entschieden entgegentreten.
4. Wir gehen offen auf alle Menschen und Gruppierungen zu, auch wenn sie nicht Teil unseres Bündnisses sind. Wir unterstützen, fördern und fordern die Teilhabe möglichst vieler Menschen an kommunalen Prozessen. Wir wünschen uns dabei Anregungen und Kritik und erläutern unsere Handlungsweisen.
5. Die Vereinbarung ist ein Rahmen innerhalb dessen sich unsere gemeinsame Arbeit für Reinheim bewegt. Er ist nicht in Stein gemeißelt und wird den sich verändernden Gegebenheiten und gesellschaftlichen Anforderungen im Sinne von sozialem Handeln und Gerechtigkeit gegebenenfalls angepasst. Die Inhalte unserer Arbeit zielen über den nächsten Wahltag hinaus, denn wir sind uns der Verantwortung für die Grundlagen künftiger Generationen bewusst.
6. Wir unterstützen und fördern Projektgruppen zu folgenden Themen:
 - Gestaltung der Folgen des demographischen Wandels

- Strategiegruppe für die Wirtschaftliche Entwicklung Reinheims
- Arbeitskreis Energie
- Arbeitskreis Soziale Stadt

II. Solides Haushalten

1. Um die großen Zukunftsaufgaben zu bewältigen wollen wir Reinheims finanzielle Handlungsfähigkeit bewahren. Unsere gesetzlich festgeschriebene Aufgabe ist es, ausgeglichene Haushalte vorzulegen und sicherzustellen, dass keine dauerhaften strukturellen Finanzprobleme entstehen. Dieses Ziel erreichen wir weiterhin gemeinsam mit einer modernen, effizienten und handlungsfähigen Verwaltung, die kompetent ihre Aufgaben wahrnimmt.
2. Investitionen in Energieeffizienz und Energiesparen dienen nicht nur dem Klimaschutz, sondern bei steigenden Energiekosten auch strukturell der Entlastung des Haushalts.
3. Neue oder höhere Ausgaben sind möglich, werden aber nur dann in den Haushalt aufgenommen, wenn eine Gegenfinanzierung mit der jeweiligen Erhöhung beschlossen wird. Knappe Mittel brauchen gute Politik und Kreativität.
4. Grundlage der Arbeit ist die mittelfristige Investitionsplanung des städtischen Haushaltes. Sie ist Teil dieser Vereinbarung.
5. Die Haushaltspläne werden in gemeinsamer Zusammenarbeit beraten und gestaltet.

III. Bildungschancen von Anfang an

1. Gute Bildung ist das Fundament für Chancengleichheit. Wir wollen gute Entwicklungsmöglichkeiten für alle Kinder.

2. Tagesstätten sind Bildungsorte und frühkindliche Bildung Voraussetzung für eine chancengerechte Gesellschaft. Wir stehen für das Recht auf einen Kindergarten- und Krippenplatz (U3).
3. Angestrebt wird die Tagesstätten- und U-3-Betreuungsgeld-Freiheit. Dazu bedarf es einer finanziellen Begleitung durch Bund und Länder, denn Bildung ist verfassungsrechtlich eine Länderaufgabe.
4. Eine Erhöhung des Betreuungsgeldes muss auch bei defizitärem Haushalt unbedingt vermieden werden. In einem solchen Fall ist zu prüfen, ob durch Einsparungen an anderer Stelle des Haushaltes Mittel frei werden.
5. Nach wie vor ist die Einrichtung einer Wald-/Naturkindergartengruppe geplant. Um den Bedarf zu ermitteln und die Eltern an der Entwicklung zu beteiligen soll eine Informationsveranstaltung mit fachlich kompetenten Referenten durchgeführt werden.
6. Wir fördern und unterstützen den Pakt für den Nachmittag und die anzustrebende Ganztags-Betreuung für Schulkinder soweit Bedarf besteht. Eine Einbindung kommunaler Ressourcen in die Betreuung ist gewünscht, wobei die originären eigenen Aufgaben z. B. in der Kinder- und Jugendförderung nicht vernachlässigt werden dürfen. Die präventive Arbeit beginnt frühzeitig auch in Bildungseinrichtungen.
7. Die Jugendpflege ist weiterhin nachhaltig zu unterstützen. Die Bedeutung des „Streetworking“ wird ausdrücklich auch vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation betont.
8. Die Einstellung eines ehrenamtlichen Kinderbeauftragten ist erwünscht.
9. Die Kooperation mit dem Verein FrauenFreiRäume soll fortgesetzt werden, ebenso das Beratungsangebot für das Lokale Bündnis für Familien.
10. Mit wissenschaftlicher Begleitung sollen neue Formen der Seniorenbetreuung gestaltet werden. Dazu wird ein entsprechender Arbeitskreis mit Unterstützung der Ev. FH Darmstadt gebildet.

IV. Reinheims Wirtschaft stärken

1. Reinheim ist traditionell, städtebaulich und nach den landesplanerischen Vorgaben kein Mittelzentrum und besonderer Wirtschaftsstandort. Großflächige Gewerbe- und Industriegebiete wie in den Mittelzentren gibt es nicht und sind sowohl im Landesentwicklungs- als auch im Raumordnungsplan ausdrücklich nicht vorgesehen.
2. Der Schwerpunkt liegt daher auf der Sicherung des Bestandes und der Umwandlung bzw. dem Zuzug neuer Geschäftsfelder. Die überwiegend vom Einzelhandel geprägte Wirtschaftsstruktur steht vor großen epochalen Umbrüchen durch neue Medien. Diesen Herausforderungen muss sich Gewerbe stellen.
3. Wir fördern die Zusammenarbeit mit dem heimischen Handel und Gewerbe. Wir wünschen die Teilhabe an der Entwicklung und Diskussion neuer Wege z. B. in der Strategiegruppe, die aus der Innenstadtentwicklung hervorgegangen ist.
4. Wir unterstützen den Reinheimer Markt als Leistungsschau des Gewerbes und der örtlichen Vereine und installieren einen Verein „Standortmarketing Reinheim“, der flankierend zur Stadt gemeinnützig tätig sein wird, um den Lebens-, Wohn- und Arbeitsstandort Reinheim weiter zu entwickeln.
5. Die Infrastruktur unserer Stadt wird weiter gestärkt. Dazu gehören intakte Netze für Wasser und Abwasser ebenso wie der Breitbandausbau und die Verkehrsinfrastruktur.

V. Zukunftsweisende Stadtentwicklung

1. Der ländliche Raum steht vor großen Herausforderungen des demographischen Wandels. Kurzfristige Veränderungen wie zum Beispiel die aktuellen Flüchtlingsbewegungen, können dauerhafte Entwicklungen über Jahrzehnte nicht ausgleichen. Die Raumordnung setzt dem Städtebau Grenzen.

2. Es gilt bestehendes Potential zu aktivieren. Die Dorferneuerung in Spachbrücken ist deshalb fortzusetzen und durch finanzielle Ausstattung erfolgreich abzuschließen. Nach der Verbesserung der Standortfaktoren für Ueberau und Spachbrücken gilt es, für die Reinheimer Kernstadt neue Investoren zu erschließen. Städtebauliche Planungen und deren Umsetzungen sind voranzutreiben. Dabei sollen im Rahmen eines nachhaltigen Flächenmanagements Möglichkeiten geschaffen werden, Wohnraum weiter zu verdichten, indem auf vorhandenen Grundstücken weitere Bebauung zugelassen wird oder Gebäude aufgestockt werden.
3. Neues Wohnen in alten Quartieren und der Erhalt der örtlichen Infrastruktur wird durch Beratungsleistungen gefördert, die von der Stadt angeboten und finanziert werden.
4. Neubausiedlungen sind unter Beachtung des Klimaschutzes im Rahmen der Möglichkeiten maßvoll anzustreben. Der soziale Wohnungsbau in kleineren Einheiten wird unterstützt.

VI. Umwelt schützen, Energiewende weiterbringen

1. Zentrale politische Herausforderung bleibt die Energiewende. Investitionen werden auch im Besonderen am Ziel des Klimaschutzes gemessen.
2. Transparentes städtisches Energiemanagement wird weiterhin aktiv betrieben und umgesetzt. Es wird jährlich ein Energiebericht erstellt und fortgeschrieben.
3. Energiewende kann mehrfachen Nutzen haben: neben Energieeffizienz und Klimaschutz ist der angestrebte Bau eines neues Bürgerhaus in Georgenhausen zum Beispiel gut für Kultur und Sport, gut für das örtliche Handwerk und gut für die Kommune durch dauerhaft sinkende Betriebskosten.
4. Öffentliche Bauten sind weiterhin entsprechend ihrem Lebenszyklus energetisch zu ertüchtigen. Dazu gehört vorrangig die Seniorenwohnanlage in der Grabenstraße und das Bürgerhaus in Ueberau.

5. Energetisch nicht wirtschaftlich sinnvoll sanierungsfähige Objekte, wie das ehemalige Gerätehaus Georgenhausen oder die Georgenhäuser Straße 9 sind aufzugeben. Der Erlös wird für Energieeinsparungsmaßnahmen bei anderen Objekten verwendet. Das ehemalige Lehrerwohnhaus in Spachbrücken, Seestraße, soll einer Wohnungsbaugesellschaft übertragen werden mit der Maßgabe der Schaffung von Ersatzwohnraum mit sozialverträglichen Mieten. Für die Notunterkunft Teichweg 17 sollen Alternativen entwickelt und umgesetzt werden.
6. Die städtischen Vertreter in den entsprechenden Gremien unterstützen die energetische Sanierung beim Abwasserverband Vorderer Odenwald und leiten eine Untersuchung der energetischen Optimierung der Stadtwerke Reinheim ein.
7. Die städtische Straßenbeleuchtung ist bis 2021 auf LED umzustellen.
8. Die Energiebelieferung wird in regelmäßigen Abständen im Verbund mit anderen Kommunen ausgeschrieben. Dabei ist darauf zu achten, dass nur erneuerbare Energien berücksichtigt werden.
9. Die Energiewende erfordert, dass erneuerbare Energien dezentral erzeugt werden. Wo immer das in Reinheim möglich ist und die rechtlichen und ökologischen Vorgaben erfüllt sind, setzen sich SPD und B'90/Die Grünen dafür ein.

VII. Verkehr

1. Der Bau der B 38 Ortsumfahrung hat zu einer spürbaren und zahlenmäßig nachweisbaren Entlastung der Kernstadt und von Spachbrücken geführt. Kurzfristiges Ziel ist die Verkehrsverlagerung, besonders des LKW-Verkehrs von der B426 in der OD Reinheim auf die neue B 38, die B26 und die B45. Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer politischen Ebenen und in Kooperation mit der Gemeinde Otzberg versuchen darauf hinzuwirken.
2. Der Betrieb und weitere Ausbau des ÖPNV und der Odenwaldbahn wird unterstützt.

3. Es wird angestrebt, dass immer mehr Wohn- aber auch Gewerbequartiere verkehrsberuhigt im Sinne von „Shared space“ unter Einbeziehung der Bürger und Anlieger umgestaltet werden. Besonders bei anstehenden Grundsanierungen von Straßenzügen muss darauf Wert gelegt werden. Zum Beispiel soll die Kirchstraße bei einer späteren Grundsanierung als „verkehrsberuhigte Zone“ ausgebaut werden.
4. Es soll geprüft werden, ob die obere Darmstädter-Straße zwischen Bahnübergang und dem Bereich Volksbank im Sinne von „Shared Space“ unter Einbeziehung der Anlieger und externer fachlicher Beratung im Sinne eines Modellprojekts umgeplant und realisiert werden kann.
5. Das innerörtliche Radwegenetz wird durch die Arbeitsgruppe Verkehr überprüft und Verbesserungsvorschläge erarbeitet, die dann sobald als möglich umgesetzt werden. Grundlage ist das gemeinsame von Bündnis90/Die Grünen und SPD Reinheim vorgelegte Konzept.
6. Der P+R Parkplatz an der Georgenstraße dient der Entlastung der Altstadt von Dauerparkern/Berufspendlern.

VIII. Menschen mit Behinderung

Wir verfolgen das Konzept „Alle Inklusive“. Die Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben ist weiter zu entwickeln. Dazu zählen bauliche Maßnahmen ebenso wie die Betreuung in öffentlichen Einrichtungen (Kitas, Krippe etc.). Das Leben behinderter Menschen in kleinen Einheiten in der Stadt wird als Bereicherung gesehen (Beispiel: Wohn- und Betreuungseinrichtung der Diakonie in Reinheim-Ueberau).

IX. Integration und Flüchtlinge

Wir setzen auf gesellschaftlichen Zusammenhalt und Teilhabe aller Menschen. Wir integrieren statt zu isolieren. Wir sehen die Chancen für unsere Gesellschaft und stellen uns den Herausforderungen der Zuwanderung. Wir begleiten Sprach- und Integrationskurse, Asylkreise, den Ausländerbeirat positiv.

X. Sozialberatung

1. Menschen, die auf Leistungen von SGB II und XII (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe) angewiesen sind, haben immer wieder Probleme mit den komplizierten bürokratischen Anforderungen und sind damit teilweise überfordert.
2. Um den Menschen Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, richtet die Stadt Reinheim eine Sozialberatung ein, die als Bindeglied zur Kreisagentur für Beschäftigung dienen soll und mit ihr im Interesse der Betroffenen kooperiert.
3. Die kommunale Sozialberatung hat auch die Aufgabe, Kontakte zwischen den bedürftigen Bürgern und caritativen Einrichtungen und Vereinen zu vermitteln, damit die Menschen deren Angebote nutzen können.
4. In diesem Zusammenhang halten wir die Arbeit des Kindersozialfonds für besonders wichtig.

XI. Europa

Aus der Geschichte lernend stehen wir zu einem sozialen, demokratischen und solidarischen Europa. Wir sichern unsere Einflussmöglichkeiten über unsere europäischen Partnerschaften und Verbindungen und wir zeigen Reinheim mit einem Gesicht, das sich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ausspricht. Das Robert Goldmann Stipendium soll künftig auch Schulen und Initiativen zur Verfügung stehen, die sich für Aussöhnung, Friedensarbeit und gegen Rassismus einsetzen.

XII. Bürgerbeteiligung und bürgernahe Verwaltung

1. Transparenz und Zugang zu Informationen sind in unserer Stadtgesellschaft wichtige Voraussetzung für Teilhabe und Mitbestimmung. Wir wollen, dass Menschen informiert sind und sich aktiv an politischen Prozessen beteiligen.

2. Die Idee des „Bürgerhaushaltes“ soll weiter verfolgt werden.
3. Dazu zählt eine Verbesserung des Internet-Auftritts der Kommune aber auch die Beteiligung an Bauleit- und Stadtentwicklungsmaßnahmen. Wir erklären und legen die Grundlagen unserer Entscheidungen offen. Wir binden Bürger in die Prozesse ein, ohne die Grundlage der repräsentativen Demokratie auch im kommunalen Bereich zu verlassen. Wir stehen den Bürgern in öffentlichen Fragestunden Rede und Antwort. Wir suchen nach Lösungen, wie amtliche Informationen der Stadt umfassender, schneller und vor allem breiter gestreut an die Bevölkerung gelangen.
4. Deshalb wollen wir überprüfen, welche Formen der E-Governance wir in der Verwaltung der Stadt Reinheim einführen könnten. Bei einem positiven Prüfungsergebnis werden wir Lösungen suchen, welche Verwaltungsprozesse modern für den Bürger über das Internet unterstützt oder gar vollständig abgewickelt werden können. Dabei kann es sich um den Ausbau des Zuganges zu Verwaltungsformularen als auch um die Initiierung und Abwicklung von konkreten verwaltungstechnischen Gesuchen von Bürgern, Gewerbetreibenden und Vereinen handeln. In diesem Sinne soll der Internet-Auftritt der Kommune barrierefrei gestaltet sein.

XIII. Sport, Kultur, Ehrenamt

1. Mehr als 1/3 der Reinheimer Bevölkerung ist ehrenamtlich engagiert. Die Förderung des Ehrenamtes ist daher aus sozial- und gesellschaftspolitischer Sicht von besonderer Bedeutung.
2. In Zeiten, in denen nahezu jede ehrenamtliche Organisation rückläufige Mitgliederzahlen zu verzeichnen hat und der demografische Wandel das Ehrenamt vor zusätzliche Belastungen und Herausforderungen stellt, ist es elementar, dieses zu fördern und zu unterstützen.
3. Die Vielfalt des Ehrenamtes ist dabei nahezu grenzenlos und nicht selten werden hierdurch kommunale Aufgaben durch ehrenamtlich engagierte Menschen in einer Art und Weise geleistet, wie dies hauptamtlich nur

mit erheblichen Aufwand realisierbar wäre. Dies beginnt bei der Erhaltung unserer Kultur, über die Flüchtlingshilfe und endet noch lange nicht bei der Sicherstellung des Brand- und Katastrophenschutzes als kommunale Pflichtaufgabe.

4. Auch die sporttreibenden Vereine tragen vieles zur gesellschaftlichen Entwicklung bei und benötigen daher ebenfalls Unterstützung.
5. In unserer heutigen schnelllebigen Gesellschaft, in der Veränderungen im Erwerbs- und Ausbildungsleben permanent stattfinden, nimmt das projektbezogene Ehrenamt immer mehr an Bedeutung zu, da hier keine dauerhafte Bindung erforderlich ist und der Zugang für die Menschen oftmals leichter fällt. Hier ist die Fortführung der Freiwilligenagentur mit ihrer großen Breite an Angeboten notwendig.
6. Dennoch sind beide Arten des Ehrenamtes von großer Bedeutung.
7. Die besondere Förderung des Ehrenamtes nimmt daher eine entsprechende Stellung in diesem Vertrag ein.

Die Parteien vereinbaren eine partnerschaftliche und auf Konsens ausgerichtete Zusammenarbeit für die laufende Periode 2016 -2021. Anträge und Initiativen außerhalb dieser Vereinbarung sollen frühzeitig mit dem Partner besprochen werden.

Reinheim, den 24.3.2016

Für die SPD

Für Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Wolfgang Schmidt

Hans Menningmann

Thomas Knöll

Günther Schreiber

Felix Schäfer